



HESSISCHER LANDTAG

19. 05. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Eigenverantwortung der Schulen bewahren - keine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abschließen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, "dass das Kind umfassend auf ein individuelles Leben in der Gesellschaft vorbereitet und im Geist der in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Ideale und insbesondere im Geist des Friedens, der Würde, der Toleranz, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität erzogen werden" (UN-Kinderrechtskonvention) soll.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Schulen einen erheblichen Anteil daran haben, diesen Erziehungsauftrag durch Form und Inhalt des Unterrichts zu erfüllen.
3. Der Landtag stellt fest, dass in Hessen die Zusammenarbeit mit schulfremden Personen und Organisationen in das Ermessen der einzelnen Schule gestellt ist, dazu gehört auch der Besuch von Jugendoffizieren im Pflichtunterricht. Die eigenverantwortliche Entscheidung der Schulen über eine ausgewogene und kritische Auseinandersetzung im Unterricht mit Aufbau, Auftrag und Einsatz der Bundeswehr hat sich bewährt.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, diese Regelung beizubehalten und auf den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zu verzichten, die die Bundeswehr gegenüber anderen Personen und Organisationen privilegiert. Ein Einbeziehen der Bundeswehr in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie Lehrkräften soll nicht ermöglicht werden.

Wiesbaden, 19. Mai 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel